



■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

LGBTI inklusive Menschenrechtsarbeit in der auswärtigen Politik und Entwicklungszusammenarbeit

Protokoll des Fachtreffens am 6. September 2010 in Berlin

Teil 5: Homophobie ist unafrikanisch – Förderung von LGBTI-Projekten in Afrika

Kirsten Maas-Albert (Referentin Afrika der Heinrich-Böll-Stiftung)

Zu Beginn ihrer Ausführungen warnte Kirsten Maas Albert davor, die Situation von LGBTI-Personen in den afrikanischen Staaten zu homogenisieren. Einerseits wird Homosexualität in 38 afrikanischen Staaten kriminalisiert, oftmals auf Grundlage von während der britischen Kolonialzeit eingeführten Sodomy laws. Zugleich finden etwa in Kamerun, Senegal oder Ägypten Schauprozesse statt und bemühen sich aktuelle Gesetzesinitiativen in Nigeria, Malawi oder Uganda um eine Ausweitung der Strafbarkeit. Andererseits verbot Südafrika in seiner Verfassung von 1996 als weltweit erstes Land die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Zudem unterschrieben auch sechs afrikanische Staaten wie beispielsweise Gabun, Guinea-Bissau und Mauritius eine UN-Erklärung von 2008, die die Staatengemeinschaft zu einem Ende gesetzlich verankerter Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität aufforderte.

Darüber hinaus sind Homo- und Trans*Phobie begründende Verweise auf eine tief verwurzelte Tradition oder die Macht der Kirchen meistens zu einfach. So wird etwa Homo- und Trans*Phobie oftmals innerhalb anti-westlicher und anti-imperialistischer Diskurse von politischen Führern instrumentalisiert oder aber geht nicht zuletzt auf das Engagement US-amerikanischer evangelikaler Organisationen in afrikanischen Staaten zurück, wie beispielsweise die ugandische Gesetzesinitiative zur Verschärfung

der Strafbarkeit inklusive der Todesstrafe zeigt. Zugleich gibt es durchaus auch afrikanische Kirchenvertreter_innen, die sich für den Schutz von LGBTI einsetzen.

Daher müssen Strategien im Kampf gegen Homo- und Trans*Phobie auf differenzierten Analysen und kontinuierlicher Beobachtung der politischen Prozesse vor Ort fußen. So kann sich die Stimmung in einzelnen Ländern sehr schnell verändern. Beispielsweise hat der Südsudan inzwischen die Todesstrafe für Homosexualität abgeschafft und die neue Regierung von Somaliland zeigt durchaus eine zivilgesellschaftliche Offenheit. Als konkrete Maßnahmen forderte Maas-Albert, dass Geberorganisationen vor Ort Identität zeigen sollten, selbst wenn daraus Probleme bei der Registrierung resultieren. Zugleich rief sie dazu auf, auch die Diskussion mit den einheimischen Mitarbeiter_innen zu suchen sowie Anlässe zu schaffen und zu nutzen, um auf die Gültigkeit der Menschenrechte für LGBTI-Personen aufmerksam zu machen. Sie verwies auf die Notwendigkeit von Untergrundarbeit und Corefunding, um lokale LGBTI-Aktivist_innen unterstützen zu können. Der Aufbau einer Infrastruktur erfordere eine flexiblere Förderung und höheren Betreuungsaufwand als eine reine Projektfinanzierung.

Zum Abschluss betonte sie mit Hinweis auf die afrikanische Menschenrechtscharta die Möglichkeiten politischer Aufklärung im Rahmen von Botschaftsrunden oder Treffen im Zuge der EU-Afrika-Partnerschaft.

Sonja Schelfer (Geschäftsführerin filia. die frauenstiftung)

Im Rahmen ihrer weltweiten Arbeit betont *filia. die frauenstiftung* die Wichtigkeit nachhaltiger Netzwerke und kooperiert mit zahlreichen afrikanischen Frauenorganisationen. Dabei setzt sich die Stiftung bereits seit Jahren explizit für Rechte und Projekte von LGBT-Personen ein. Gerade für dieses Feld verwies Sonja Schelfer auf die gebotene Flexibilität in der konkreten Hilfe. So stellte sie beispielsweise die Förderung des Gender Offices der Organisation *Gays and Lesbians of Zimbabwe (GALZ)* vor, das sich für eine stärkere Position von Frauen in den Organisationen einsetzt und lesbische wie bisexuelle Mitglieder stärkt. In der politisch

instabilen Situation in Simbabwe ist Unterstützung auch oft Überlebenshilfe. Filia, die frauenstiftung fördert in Kooperation mit der Schwesterstiftung Astraea (USA), obgleich dieses Projekt die durch das deutsche Stiftungsrecht vorgegebenen Auflagen nicht erfüllen konnte. Darüber hinaus unterstützt filia, die frauenstiftung auch das Lesbian and Gay Equality Project in Südafrika.

Dr. Marion Hulverscheidt (Terre des Femmes)

TDF ist eine 1981 gegründete Menschenrechtsorganisation. Ziel ist die Beendigung von Gewalt an Mädchen und Frauen weltweit ungeachtet ihrer konfessionellen, politischen, ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit oder ihrer sexuellen Identität. Seit Gründung des Vereins ist weibliche Genitalverstümmelung ein wichtiges Thema, neben Gewalt im Namen der Ehre, Zwangsprostitution, häusliche Gewalt und Rechte von Textilarbeiterinnen. 1996 sind erstmals Vertreter_innen von Intersexuellen mit Hinweis auf die Schnittstelle weibliche Genitalverstümmelung an TERRE DES FEMMES herantreten. TERRE DES FEMMES hat sich in der AG FGM (Female Genital Mutilation) mit dem Thema Operationen an intersexuellen Kindern und FGM beschäftigt (Ergebnis ist u.a. der in der TERRE DES FEMMES-Zeitschrift 3/4 2004 erschienene Artikel "Weiblich gemacht?" von Dr. Marion Hulverscheidt). TERRE DES FEMMES verfügt als unabhängige und in erster Linie spendenbasierte Organisation allerdings nicht über die Ressourcen, die Anliegen von Intersexuellen zu vertreten. Ähnlich wie jedoch TERRE DES FEMMES Schweiz (siehe Vernehmlassung von TDF Schweiz, vom 19. Juni 2009) unterstützt TERRE DES FEMMES in Deutschland die Anliegen Intersexueller im Zusammenhang mit dem Thema FGM – auch wenn die Mittel fehlen, dazu schwerpunktmäßig Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Claudia Körner (Amnesty International/MERSI)

Allgemeines / Hintergrund

Wenn wir die gesellschaftspolitische Situation in Afrika darstellen, gibt es immer die besondere Problematik des **historischen Hintergrundes**. Die heutige Situation kann nicht betrachtet werden, ohne den Hintergrund der europäischen Geschichte in Verbindung mit **Kolonialismus und Missionierung** zu beachten. Mit den

christlichen Moralvorstellungen wurden häufig auch homophobe Einstellungen weitergegeben. Im Zuge der Kolonisation und der Missionierung wurden viele bestehende soziale Strukturen beeinflusst, verändert und nicht selten zerstört. Darunter fallen auch Strukturen, die es Menschen ermöglichten, in fest definierten alternativen Geschlechterkonzepten ein sozial integriertes Leben zu führen. Die Kolonialherren führten Gesetze ein, die Homosexualität kriminalisieren. Dies sollte man auch im Hinterkopf behalten, wenn man darüber spricht, was von europäischer Seite aus getan werden kann, um die Menschenrechte von LGBT in Afrika zu schützen und zu stärken. Wichtig ist es, sich in Projekten immer die eigene Rolle (weiß, westlich) bewusst zu machen, sie zu reflektieren.

Uganda – Reaktionen aus dem Ausland

Zu Uganda gab es in den letzten Monaten **großen politischen Druck** von verschiedenen Seiten. Führende Politiker haben sich weltweit ablehnend zu dem Gesetzentwurf geäußert, es gab Drohungen, Hilfgelder zu stoppen, sollte das Gesetz verabschiedet werden.

Die politischen Stellungnahmen sind in Uganda gehört worden. Davon zeugen viele Reaktionen ugandischer Politiker, wobei es hier eine große Spannbreite gab. Einige fühlten sich in ihrer Position, den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form abzulehnen, gestärkt. Aber auch Befürworter des Anti-Homosexualität-Gesetzes nutzen die internationalen Reaktionen, um ihre Position zu untermauern. Sie verweisen auf die Unterstützung aus dem Westen, was ihre Argumente, dass Homosexualität etwas Fremdes, Westliches sei, bestärkt und auch für die Öffentlichkeit gut nachvollziehbar wird.

Der Präsident bezog Stellung und ließ verlauten, der Entwurf habe hohe außenpolitische Relevanz, müsse noch einmal genau diskutiert werden und könne nicht einfach so durchgewunken werden. Auch erklärte er, er werde das Gesetz, sollte es das Parlament passieren, in der jetzigen Form nicht unterschreiben.

Andere Seite: **LGBT Organisationen**, Unterstützer freuen sich über weltweite Aktionen, ein Zeichen, dass ihre Arbeit unterstützt wird.

AI hat in diesem Fall eine klare Linie verfolgt, die politische Arbeit nur hinter den Kulissen vorschlug, um das Land, seine Menschen und Politiker nicht an den Pranger zu stellen, um keine vorschnellen Gegenreaktionen auszulösen (solche Stimmen gab es in Uganda viele, nach dem Motto: jetzt erst recht, vom Westen lassen wir uns in dieser Angelegenheit nichts sagen, wir verkaufen nicht unsere kulturellen afrikanischen Werte...)

Strategien der Projektarbeit

Vernetzungen ermöglichen: Unterstützung aus dem Westen ist am besten, indem vor Ort vorhandene Strukturen, Organisationen, Gruppen unterstützt werden (finanziell wie z.B Hirschfeld-Eddy-Stiftung, die Geld für lokale LGBT Organisation in Uganda sammelte).

Homophobie, es herrscht Angst, Homosexuelle würden heimlich z.B. an Schulen rekrutiert, eine Meinung, die viele Leute teilen. Dies sehen viele als Gefahr für die afrikanische Gesellschaft, die auf Familie, Kindern baut. Wichtig ist daher, die

Aufklärung der Bevölkerung (hier kann sehr gut mit unterstützenden Projekten angesetzt werden, auch hier: vorhandene Strukturen, NGOs nutzen, nicht als Fremder aufklären, aber finanzielle Unterstützung oder beispielsweise Multiplikatorenschulungen leisten)

In Uganda: Nur ein Bruchteil der Bevölkerung kann Englisch sehr gut verstehen, an allen anderen gehen Debatten größtenteils vorbei, aber eben auch Aufklärung in Englisch.

Aufklärungsmaterial in lokalen Sprachen ist nötig, es gibt viel Arbeit für Menschenrechtsaktivist_innen.

Die Situation von LGBT kann nur verbessert werden durch **langfristige Aufklärungs- und Bildungsarbeit**, die vor allem bei Jüngeren ansetzt (und dabei die Ängste vor der so genannten Rekrutierung bedenkt). Die Bildungssituation allgemein muss verbessert werden und auch muss bedacht werden, dass der durchschnittliche Ugander erst dann Zeit zum Nachdenken über Gleichberechtigung, Menschenrechte für LGBT etc. aufbringen kann, wenn akute Probleme wie sauberes

Trinkwasser, Ernährung, Gesundheitsversorgung, Möglichkeit schulischer Bildung für Kinder langfristig angegangen werden.

Protokoll: Markus Ulrich, Hirschfeld-Eddy-Stiftung (markus.ulrich@lsvd.de)